

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Belagerungslohn 8.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — Postcheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13093. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gelbaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorkauf 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gelbaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Mörder Erzbergers und ihre Helfer.

In der politischen Mörderzentrale München sind die beiden Mörder Erzbergers, zwei ehemalige Offiziere, festgesetzt und in Verhaftung genommen worden; weitere Verhaftungen von Mitwissern und Helfern stehen bevor. Die beiden Mörder sollen aus München geflohen sein. Ueber die ganze Angelegenheit liegen folgende Meldungen vor:

Die badische Staatsanwaltschaft in Offenburg hat als Mörder Erzbergers folgende Personen ermittelt:

1. Den am 20. Juli 1893 in Saalfeld an der Saale geborenen Sohn eines Arztes, den seit Ende April 1921 in München, Maximilianstraße 23, wohnhaft gewesenen gelehrten Kaufmann Heinrich Schulz.

2. Den am 27. Mai 1894 in Rön-Vindenthal geborenen, seit dem 1. Mai 1921 ebenfalls in München, Maximilianstraße 23, wohnhaft gewesenen früheren aktiven Seeoffizier und späteren stud. juris Heinrich Tilsen. Die Personalien seiner Eltern sind noch unbekannt. Tilsen war an der Münchner Universität nicht immatrikuliert.

Schulz ist der Täter. Sein linkes Ohr ist am oberen Rande verkrüppelt. Der Aufenthalt der beiden ist jedoch nicht ermittelt. Der badische Generalstaatsanwalt Dr. Schlamm von Offenburg und Staatsanwalt Burger sind mit einem ganzen Stab von Beamten nach München gekommen. Im Interesse der Untersuchung soll nicht angegeben werden, wie lange sich beide in München aufgehalten haben. Sie sind aber am 21. August bereits in Oppenau bei Griesbach gewesen und haben dort im Gasthaus zum Hirschen gewohnt. (Der Mord geschah bekanntlich am 20. August.) Die Ermittlungen darüber, was die beiden vor ihrer Ankunft in Oppenau getrieben haben und wo sie gewesen sind, treffen jetzt erst ein. Schulz hat eine richtige kaufmännische Lehre durchgemacht, seit dem Kriegsende aber keine Stellung mehr gehabt.

Beide Mörder gehörten der Brigade Ehrhardt an, die den Staatsstreich Kapps am 18. März 1920 mit verbrochen hat.

Ueber die Täter und die als Mitwisserin in Frage kommende verhaftete Familie, eine Apothekerswitwe mit ihrem Sohn und ihren Töchtern, schreibt Regierungsrat Dr. Weiß vom Berliner Polizeipräsidentium dem Lokalanzeiger:

Die badischen und die Berliner Behörden haben Hand in Hand zusammengearbeitet, und ihren schwierigen Ermittlungen ist es dann gelungen, mit Sicherheit festzustellen, daß Schulz und Tilsen die Mörder des Abgeordneten Erzberger gewesen sind. Beide haben in naher Beziehung mit einer sehr guten Berliner Familie gestanden, die aus Mutter (Witwe), mehreren Töchtern und einem Sohn, einem früheren Kadetten besteht. Die ganze Familie ist unter dem dringenden Verdacht der Mitwisserchaft vor einigen Tagen in Haft genommen worden. Es ist festgestellt, daß Schulz und Tilsen Anfang August sich längere Zeit in Berlin aufgehalten und bei dieser Familie gewohnt haben. Dort wurden auch die jetzt verzelebten Bilder gefunden und beschlagnahmt. Ebenso einige Korrespondenz, die sowohl die Mörder wie die verhaftete Familie schwer belastet.

Die Verhafteten stellen entschieden in Abrede, vorher gewußt zu haben, daß die ihnen befreundeten Schulz und Tilsen mit der Absicht umgegangen seien, Erzberger zu ermorden, und weiter, daß ihre Freunde als Mörder in Frage kämen. Sowohl Schulz wie Tilsen, die beide Offiziere gewesen waren, gehörten seinerzeit der Brigade Ehrhardt an. Nach dort spinnen sich angeblich auch Fäden, d. h. ehemalige Angehörige dieser Brigade sollten mit in die Tat verwickelt sein. Die Ermittlungen darüber sind noch nicht abgeschlossen, dürften aber in den nächsten Stunden zu weiteren Verhaftungen führen.

Dazu wird aus Berlin noch halbamtlich mitgeteilt: Die Festgenommenen, unter ihnen ein ehemaliger Führer z. S. der 1919/20 zusammen mit den Mördern bei der Brigade Ehrhardt zusammen Dienst getan hatte, standen in naher Beziehung zu den Tätern. Drei Wochen vor dem Mord waren die Mörder von München nach Berlin gekommen und hatten hier vom 8. bis zum 11. August bei den Festgenommenen gewohnt. Die Hausdurchsuchung förderte mehrere Photographien der Mörder und mehrere schriftliche Aufzeichnungen zutage. Die Vernehmung der Stützlinge hat ergeben, daß sie ihrer politischen Gesinnung nach auf rechtsradikalem Boden stehen und daß sie die Person und das Wirken Erzbergers auf das Schärfste verurteilten. Da ihnen aber hinsichtlich des Mordes weder eine Mitwisserchaft noch eine Mitschuld, noch eine Mitwisserchaft nachgewiesen werden konnte, sind sie am Dienstagabend von der Polizei wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Frankfurt a. M., 13. September. (M.) Zur Entdeckung der Spuren, die in der Mordaffäre Erzbergers nach München führten, erfährt der Münchner Korrespondent der Frankfurter Zeitung noch folgendes: Wie sicher sich die Täter fühlten, geht aus dem Umstand hervor, daß sie noch bis vor drei Tagen in München weilten und sich in ihrer Wohnung aufhielten. Seitdem sind sie spurlos verschwunden. Es haben am Dienstagnachmittag bereits Verhaftungen in der Stadt stattgefunden und den entsprechenden Gesellschaftskreisen stattgefunden. Das Ergebnis der Verhandlungen wird von der Polizei außerordentlich streng geheimgehalten. Angeblich sollen sich Anhaltspunkte für das Bestehen eines förmlichen Komplotts ergeben haben.

Weitere Verhaftungen.

München, 14. September. (M.) Zur Entdeckung der Mörder Erzbergers berichten die Münchner Neuzeit Nachrichten noch, daß im Laufe des gestrigen Tages in München zwölf Personen unter dem Verdacht der Mitwirkung an den Vor-

bereitungen zum Mord verhaftet wurden, von denen sechs wieder freigelassen wurden. In München wurde festgestellt, daß Schulz und Tilsen nach dem Tode Erzbergers noch einmal in ihre Münchner Wohnungen kamen. Der eine hat München bald wieder verlassen, wann die Abreise des zweiten erfolgte, ist noch nicht ermittelt.

Die Mitschuldigen.

Berlin, 14. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In Verbindung mit den Ermittlungen zur Feststellung der Mörder Erzbergers wurden in Berlin vor einigen Tagen mehrere Mitglieder einer Familie festgenommen, die engere Beziehungen zu den Mördern hatten. Sie stehen ihrer Gesinnung nach auf rechtsradikalem Boden. Da ihnen aber weder eine Mitwisserchaft noch eine Mitwisserin oder Begünstigung nachgewiesen werden konnte, wurden sie wieder aus der Haft entlassen. Die Freiheit bemerkt dazu: Gegen die übertriebene Haftentlassung muß der schärfste Protest eingelegt werden. Es komme der Öffentlichkeit nicht nur auf die Ermittlung der Mörder an, sondern es liege im Interesse der öffentlichen Sicherheit, auch die Hintermänner und Anstifter der Mordtat festzustellen. Diese Hintermänner, Anstifter und Geldgeber seien deutschnationalen Parteigänger, die es zu entlarven gelte. Die Freiheit fragt, warum der Name der deutschnationalen Familie, die den Mördern Unterschlupf geboten habe, verschwiegen werde. Geheimnisträumerei sei hier nicht am Platze; es handle sich um die Aufhebung der deutschnationalen Mörderzentrale.

Der Vorwärts sagt, das Entkommen der Mörder sei ein neues Ruhmeszeichen des Partikularismus der Kahr, Pöhner, Escherich, Ehrhardt und Roth. Es ist jedenfalls nachzusehen, daß die Mörder sich noch am 31. August abends in München aufhielten, und obwohl zu dieser Zeit das Signalement der Mörder längst bekannt war, das ganz charakteristische Merkmal aufwies, habe die Münchner Polizei keine Recherchen in jenen Kreisen der Geheimorganisationen veranstaltet, wo es so nahe lag, nach den Mördern zu fahnden. Deshalb halten wir trotz aller Ablehnungsversuche bayrischerseits unsere Behauptung aufrecht, daß die Pöhnerpolizei mitschuldig daran ist, daß die Täter entkommen sind.

Rechtsradikale Terrorgruppen.

Berlin, 14. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Freiheit weist noch einmal darauf hin, daß innerhalb der früheren Freikorps, die sich heute Arbeitsgemeinschaften nennen, sogenannte Terrorgruppen gebildet seien. Einer Terrorgruppe liege die Aufgabe ob, erstens die Verräter in ihren eigenen Reihen beseitigen zu bringen und dann sollen alle die, die in der Revolution eine führende Rolle gespielt haben, erledigt werden. Mit aller Bestimmtheit sagt sie, daß auch die Arbeitsgemeinschaft Korbach eine Terrorgruppe habe. Wenn also die Staatsanwaltschaft und wenn die Regierung den Mordmord ernsthaft bekämpfen will, dann muß sie in erster Linie diese Organisationen auflösen, die den Mord der politischen Gegner auf ihre Fahne geschrieben haben.

Am Kahr's Nachfolgerschaft. Putschpläne der Reaktion.

Berlin, 14. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In einem sehr bemerkenswerten Artikel schreibt die parteiunabhängige Zentrums-Parlamentskorrespondenz zu den Vorgängen in Bayern: „Ueber die Nachfolgerschaft des zurückgetretenen Ministerpräsidenten v. Kahr steht schon irgend etwas zu sagen, muß durchaus nötig erscheinen, um so mehr, als Stimmen laut geworden sind, die von einer Wiederberufung des Herrn v. Kahr sprechen. Daß die bayrische Volkspartei unter allen Umständen gewillt sei, Herrn v. Kahr wieder zum Ministerpräsidenten zu machen, glauben wir nicht, denn da Herr v. Kahr sich die Formulierung des Vorschlages an die Reichsregierung, wie sie vom ständigen Ausschuss festgelegt war, nicht zu eigen machen wollte, ist er ja zurückgetreten. Außerdem verlautete, daß Herr v. Kahr als Voraussetzung für eine Wiederaufnahme der Regierungsbildung ein geschlossenes und uneingeschränktes Vertrauensvotum der bisherigen Koalitionsparteien verlangt. Für ein solches Vertrauensvotum sind aber die Demokraten und möglicherweise auch die Bauernbündler nicht zu haben. Daß auch jetzt wieder ultraradikale Heher und Führer an der Arbeit sind, die Differenzen zwischen Bayern und dem Reich noch mehr zu verschärfen, um auf Kosten der Allgemeinheit ihre Geschäfte zu machen, ist leider eine traurige Tatsache. Und daß rechtsgerichtete Kreise für die nächste Zeit Gewalttaten planen, dafür besitzt der Reichskanzler unerschütterliches Material. Von dieser Tatsache hat der Reichskanzler dem Vorsitzenden der Deutschnationalen, dem Abgeordneten Hergt, Mitteilung gemacht und ihn dringend ersucht, seinerseits mit allem Nachdruck auf alle ihm zugänglichen Kreise einzuwirken, um sie von Rechtsbrüchen abzuhalten.“

Der Raubzug der Behyaren.

J. B. Das Burgenland, drei Komitate in Westungarn mit annähernd vierhunderttausend vorwiegend deutschen Einwohnern, ein ehemals rein deutsches, den Alpenländern eingegliedertes Gebiet, das von einem Habsburger den ungarischen Ständen als Pfandpfand verpfändet wurde, soll nach den Bestimmungen der St. Germainer und Trianoner Staatsverträge wieder Deutsch-Oesterreich einverleibt werden. Der St. Germainer Friedenspakt hat Deutsch-Oesterreich der wertvollsten und bevölkerungsreichsten Gebiete brutal beraubt. Die deutschen Sudetenländer, das kostbare, den Deutschen der Habsburgermonarchie so unendlich teure Deutsch-Südtirol, einige rein deutsche Täler in Kärnten, ein Gebietsstreifen im nördlichen Niederösterreich; das alles fiel an die habgierigen Sieger, und Oesterreich fügte sich ohnmächtig und stumm dem Friedensdiktat. Die Großmächte, die Oesterreich verstimmelten, gaben ihm nun das deutsche Burgenland, einen Teil der deutschen westungarischen Gebiete. Der Trianoner Vertrag wurde von der ungarischen Regierung vor Monatsfrist ratifiziert. Ungarn gelangte dadurch in den Besitz der Baranya, eines mit Naturschätzen, mit Kohle und Holz und fruchtbaren Getreideäckern reich gesegneten Komitats mit der Hauptstadt Fünfkirchen, das Jugoslawien befehlt hatte. Es empfing aber gleichzeitig die Verpflichtung, das Burgenland unverzüglich zu räumen, der Interalliierten Generalkommission in Odenburg zum Zwecke der Abtretung an Oesterreich das Burgenland zu übergeben. Jugoslawien erfüllte seine Verpflichtung sofort. Ungarn konnte die Baranya ohne leibhaftigen Widerstand in Besitz nehmen. Indes die Räumung des Burgenlandes verlängerte die Behyarenregierung, nachdem sie sowohl die Interalliierte Kommission als auch die österreichische Regierung bis zur letzten Stunde in dem Glauben gewiegt hatte, daß sie ihre Verpflichtungen restlos erfüllen werde. Die ehrlösen Gesellen in Budapest, deren usurpierte Herrschaft Hinterlist, Mordmorde, Wortbrüche und schamlose und grausame Gewalttätigkeiten kennzeichnen, hat den eben feierlich beschlossenen Friedensvertrag zerrissen. Ungarn hält widerrechtlich weit mehr als ein Drittel des burgenländischen Gebiets mit seinen regulären Truppen besetzt und überschwemmt den Rest des Gebietes mit wohlorganisierten und gut ausgerüsteten Freischärlerbanden, die sich bis zu einer Stärke von dreitausend Mann auf niederösterreichisches Gebiet vorkwagen und vor wenigen Tagen der österreichischen Wehrmacht bei Kirchschlag ein regelrechtes Gefecht lieferten.

Der Handstreich der Behyaren im Burgenland trifft in erster Linie die Entente. Infolge der Bestimmungen des Trianoner Vertrages hat Ungarn das Burgenland an die von der Entente in Odenburg eingesetzte interalliierte Generalkommission zu übergeben und Oesterreich das Burgenland aus den Händen der Generalkommission in Empfang zu nehmen. Gestützt auf diese Bestimmung des Vertrages erließen die Bolschewiken ein Verbot der Verwendung der österreichischen Wehrmacht bei der Besetzung des Burgenlandes. Lediglich schwache Gendarmerieabteilungen sollten mit österreichischen Verwaltungsbeamten in das geräumte Gebiet einziehen. Da es aber die Interalliierten trotz der sehr dringenden Vorstellungen der österreichischen Regierung unterließen, Ententetruppen zur Besetzung des Burgenlandes heranzuziehen, so konnte sich die Bandenbildung ungehindert entfalten. Die einmarschierenden Gendarmerietruppen wurden von starken Banden mit Maschinengewehrfire empfangen und vielfach zurückgeworfen, zahlreiche bereits besetzte Ortschaften mußten wieder geräumt werden, die österreichische Grenze ist von den schwärzenden Banden selbst auf das schwerste bedroht.

Die Entente, die es so eilig hatte, Ungarn zur Baranya zu verhelfen, die binnen vierundzwanzig Stunden der ägernden jugoslawischen Regierung den strikten Auftrag erteilt hatte, ihrer Verpflichtung nachzukommen, hat gegenüber der Behyarenregierung ein erstaunliches Maß von Milde gezeigt. Westungarn sollte am 20. August an Oesterreich übergeben sein. Aber erst am 6. September ist die Note des Bolschewikkongresses an Ungarn ergangen, in der die ungarische Regierung an die Erfüllung ihrer Verpflichtungen gemahnt und ihr die Räumung der burgenländischen Gebiete aufgetragen wird. Inzwischen ist Blut im Burgenland geflossen, inzwischen hat die Behyarenregierung den Krieg auf österreichisches Gebiet getragen; aber für das konterrevolutionäre Ungarn weiß die Entente Gnade und Nachsicht zu üben. Zu dem zweierlei Recht, das die Entente Oesterreich und Ungarn gegenüber angewandt hat, tritt ihr konterrevolutionärer Instinkt und ihr konterrevolutionärer Charakter in ungetrühter Reinheit in Erscheinung. Der freien demokratischen Republik Oesterreich gegenüber konnte die Entente nur den Friedensvertrag, dessen Erfüllung sie bis zum letzten Buchstaben heischte, ja, dessen militärpolitische Bestimmungen sie noch vor der Ratifizierung durchzuführen erzwang. So wurde Oesterreich tatsächlich völlig wehr- und waffenlos gemacht. Anders ist jedoch die Rechtspraxis gegenüber Ungarn. Ungarn besitzt noch heute ein kriegstarkes, wohlgerüstetes Heer, das unter den Augen der Ententekommissionen